

**Rede
der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft,
Verbraucherschutz und Landesentwicklung**

Karin Logemann, MdL

zu TOP Nr. 11

Abschließende Beratung

Für eine Kurskorrektur der Agrarpolitik!

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/5630

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU – Drs. 18/6148

während der Plenarsitzung vom 25.03.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ich nehme es vorweg: In einem Plenum, wie diesem, in dieser Zeit, unter diesen Umständen, bringt die FDP einen im Ausschuss abgelehnten Antrag zur Abstimmung, wohl wissend, dass alles, was in dem Antrag steht, bereits in der Bearbeitung, ja sogar in der Umsetzung ist. Ihr Antrag ist sowas von überholt!

Wohlwissend, dass die wichtige inhaltliche Thematik ihren Stellenwert immer hatte und auch weiterhin behalten wird, da sind sich doch die Fraktionen dieses Hauses einig! Ihr Vorgehen löst nur noch Kopfschütteln aus, aber sei es drum – man muss nicht alles verstehen!

Eine weitere Tatsache: Auf unseren Änderungsantrag wollten Sie nicht warten. Sie haben im Ausschuss die sofortige Abstimmung gefordert. Okay, was dafür sorgt, dass wir Ihren alten, überholten Antrag heute, wie auch bereits im Ausschuss, natürlich ablehnen werden und unseren Änderungsantrag direkt ins Verfahren bringen.

Sie wissen ganz genau, dass wir auf Bundesebene, und hier allen voran unsere Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast – alles Gute von dieser Stelle aus für sie – und unser Umweltminister Olaf Lies dafür sehr engagiert kämpfen, dass eine großflächige pauschale „Minus-20-Prozent-Regelung“ bei der Düngung keine Anwendung findet.

Der Niedersächsische Weg beschreibt die Binnendifferenzierung der nitratsensiblen Gebiete anhand des Basis-Emissionsmonitorings unter Anwendung der elektronischen Nährstoffmeldungen, unserem ENNI. Dieser Weg stellt ein transparentes und akzeptables Kriterium dar.

Für dieses kluge Modell wird sich weiterhin stark gemacht. Die Entwicklungen auf Bundesebene sowie der Bundesratssitzung am kommenden Freitag bleiben abzuwarten!

Landwirtschaftliche Betriebe gehören zum Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie sorgen für unsere Nahrungsmittel. Da wird uns allen doch gerade, vor dem aktuellen Hintergrund der Corona-Pandemie, der Spiegel vorgehalten.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen. Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Land- und Ernährungswirtschaft nehmen ständig zu und erschweren den Arbeitsalltag der Landwirtinnen und Landwirte, das wissen wir! Die Planungssicherheit, welche für landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere in der Nutztierhaltung, aber auch im Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz von

großer Bedeutung ist, geht aufgrund der gesellschaftlichen Ansprüche zunehmend verloren.

Dies führt zu einer Verringerung der Investitionsbereitschaft einzelner Betriebe und letztendlich zur Aufgabe.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Wir wollen, dass gesellschaftlich gewünschte Mehrleistungen der Landwirte beim Tierwohl sowie beim Verbraucher-, Klima- und Umweltschutz zuverlässig und unbürokratisch entlohnt werden! Wir wollen, unter Einbeziehung der Kommissionen und Strategiegruppen des Bundes und des Landes und unter Berücksichtigung relevanter Gruppen, einen Gesellschaftsvertrag zur Zukunft der Land- und Ernährungswirtschaft.

Damit schaffen wir Klarheit und Planungssicherheit.

Und nun sagen Sie von der FDP, hier an dieser Stelle, was von all dem wollen Sie nicht? Wo sind Ihre konstruktiven Lösungsvorschläge?

Wir stellen unseren Antrag heute direkt zur Abstimmung, und dann werden wir sehen, wie Sie sich heute verhalten.